

# E-Bike-Fahrer sollen den Veloweg nicht mehr obligatorisch nutzen müssen

**Verkehr** Die Velo-Lobby tritt in die Pedalen - und lanciert eine ganze Reihe von Änderungen

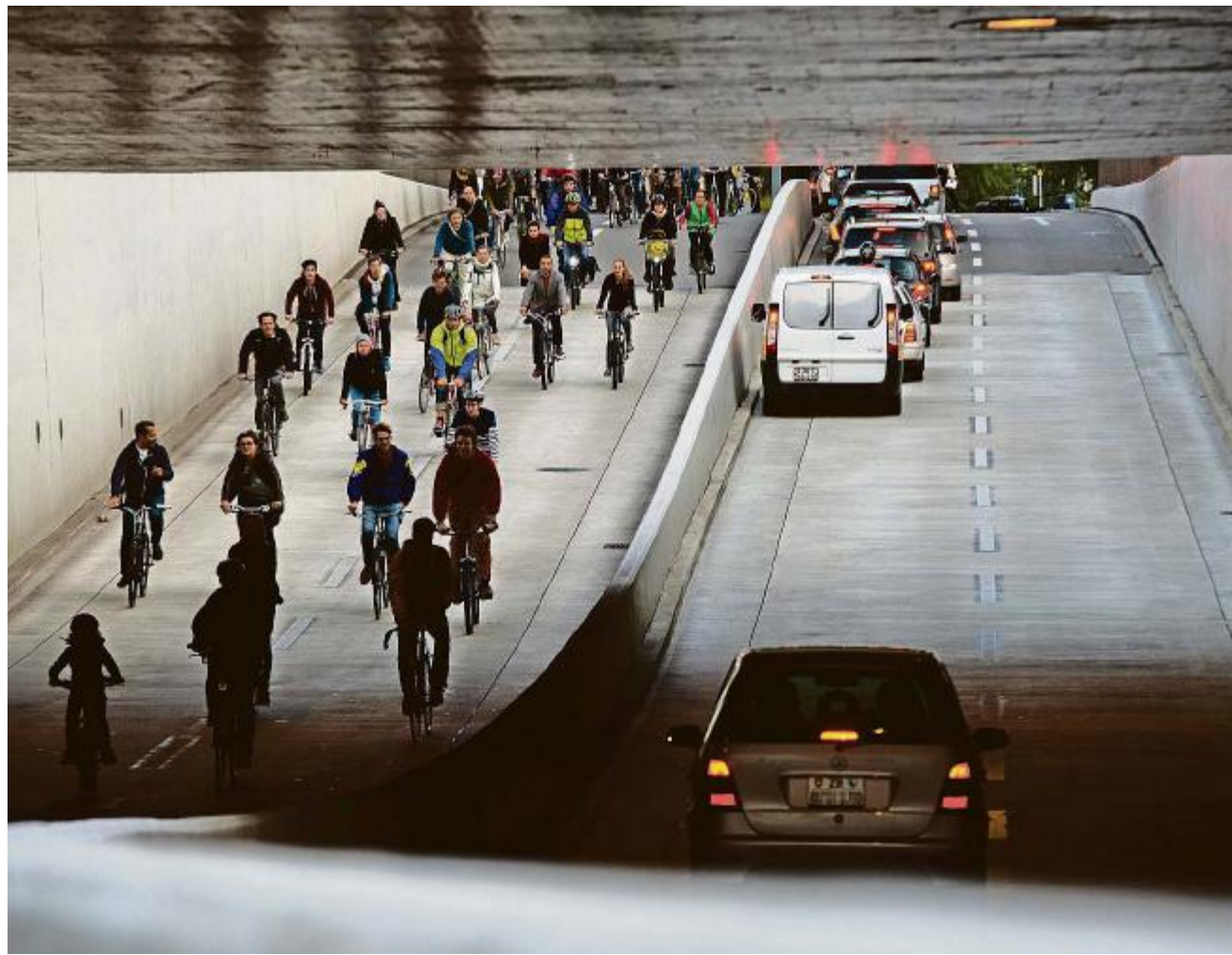
VON RINALDO TIBOLLA

Das Parlament tritt in die Pedale. Oder zumindest ein Teil davon. Gleich fünf Motionen drehen sich um Anpassungen im Veloverkehr. Der Zürcher Grünliberalen-Nationalrat Thomas Maier will den Velowegzwang aus dem Gesetz streichen lassen. «Die absolute Benützungspflicht für den Veloweg ist einfach nicht mehr zeitgemäss», sagt Maier, der viel mit der Familie auf zwei Rädern unterwegs ist, aber auch oft auf das Rennvelo oder Mountainbike steigt. Für schnelle oder trainingsmässige Fahrten seien viele Radwege nicht geeignet. Es würden zu viele Gruppen den gleichen Weg benützen: Fussgänger, Familien mit Velos, Inline-Skater, Skateboarder, Rennvelofahrer und E-Bike-Besitzer.

Wer schneller unterwegs ist, soll legal auf die Strasse ausweichen können, fordert Maier. Denn E-Bike- und Rennvelofahrer würden leicht und oft mit mehr als 40 Stundenkilometern unterwegs sein, was eine Gefahr für die Langsameren darstelle. Von einer zweiten Spur hält Maier nichts: «Zu teuer und zu schwierig umsetzbar.» Stattdessen soll der Bundesrat eine «sichere und attraktive Alternative» vorschlagen.

## Rechtsabbiegen erlauben

In einem zweiten Vorstoss fordert Maier, dass Rechtsabbiegen für Velofahrer bei Rotlicht erlaubt werden soll (Ein entsprechender Versuch läuft in Basel). Nur bei besonders gefährlichen Kreuzungen soll das Verbot weiterhin gelten. Er verweist auf Länder wie Frankreich, Belgien und Dänemark, welche diese Möglichkeit schon kennen und dafür eigens Schilder entwickelt haben. Jean-François Steiert, Freiburger SP-Nationalrat und Präsident von



Im Bundesparlament ist der Veloverkehr ein grosses Thema. Aktuell wird eine Reihe von Änderungen verlangt. Die Schweizer Velo-Lobby erhält auch ausserhalb der Parlamentarischen Gruppe für Langsamverkehr Sukkors. Bild: Velo-Demo in Zürich. KEYSTONE

Pro Velo, kann dieser Idee viel abgewinnen. Die Erfahrungen aus dem Ausland seien durchwegs positiv. Die Vorteile lägen auf der Hand: Der Velofahrer komme rascher voran und auch die Autos müssten weniger lang warten. Es

gebe deshalb auch keinen grossen Widerstand von den Autoverbänden.

Der Basler CVP-Nationalrat Markus Lehmann hat drei Vorstösse eingereicht. Er fordert, dass Velorowdys härter bestraft werden, damit die «korrek-

ten» Velofahrer sich sicherer fühlen können. Lehmann plädiert auch für eine Wiedereinführung von Veloschildern, damit die Velos besser identifiziert werden können. Weiter fordert er, dass E-Bikes - wenn nicht vorhan-

den - mit Tachos und radarfähigen Nummernschildern versehen werden. Zusätzlich sollen auch Fahrprüfungen eingeführt werden. Während die Vorstösse von Maier von zahlreichen Parlamentariern mitunterzeichnet wurden, hat Lehmann nur einige wenige hinter sich scharen können. So ist auch Steiert nur bei der Wiedereinführung der Veloschilder «diskussionsbereit».

## «Renaissance» des Velos

Ob mehr Flexibilität oder Einschränkungen, die Velo-Lobby erhält auch ausserhalb der Parlamentarischen Gruppe für Langsamverkehr Sukkors und erstartet. «Es wird in der Bevölkerung viel mehr über den Veloverkehr und verbesserungswürdige Situationen geredet», konstatiert Maier. Er erhalte viele Rückmeldungen. Das rasante Aufkommen der

## «Es wird heute in der Bevölkerung viel mehr über den Veloverkehr und verbesserungswürdige Situationen geredet.»

Thomas Maier GLP-Nationalrat

E-Bikes sei dafür sicher mit ein Grund. Auch Steiert redet von einer «Renaissance» des Velos, ordnet dies aber nicht nur dem E-Bike zu. Sein Verband würde sich auch stärker engagieren, vor allem in Hinblick auf die Velo-Initiative. Im Frühjahr soll es losgehen. Ziel ist es, die Förderung des Veloverkehrs in der Verfassung zu verankern.



Sollen E-Biker, statt auf dem Veloweg zu fahren, auf Strassen ausweichen können?

## Altersvorsorge

Die AHV bietet mehr fürs Geld

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) stärkt der AHV im Hinblick auf die bevorstehende Parlamentsdebatte zur Altersvorsorge 2020 den Rücken: Vergleichlich mit privaten Vorsorgelösungen verfüge die erste Säule über ein viel besseres Preis-Leistungs-Verhältnis. «Nirgends gibt es für einen Beitragsfranken eine so hohe Rente wie bei der AHV», kommentierte Präsident Paul Rechsteiner gestern in Bern Modellrechnungen des SGB. Für eine gleich hohe Rente müsse teilweise mehr als doppelt so viel Geld in eine dritte Säule eingezahlt werden wie in die AHV. Die Gewerkschafter wollen mit den Zahlen den privaten Versicherungskonzernen und den Grossbanken entgegenwirken, «welche mit bestellten Studien die staatlich geregelte Altersvorsorge und insbesondere die AHV schlechtreden». (SDA)

## Weinlese

Winzer erwarten guten Jahrgang

Der sonnige September lässt Weinliebhaber auf einen guten Jahrgang hoffen. «Bei der Qualität sieht es dieses Jahr sehr gut aus», sagte Robin Haug, Geschäftsführer des Branchenverbands Deutscheschweizer Wein, auf Anfrage. Dies zeigten etwa die Werte der grösstenteils bereits getrunnenen Sorte Riesling×Sylvaner. Weniger Freude bereitet den Winzern die erstmals grossflächig auftretende Kirscheissigfliege. «Wir müssen alle befallenen Beeren von Hand entfernen», so Haug. Dies bedeute viel Zusatzaufwand und führe zu Ertragsausfällen. (SDA)

# Das Pflegepersonal will mehr Selbstbestimmung

**Medizin** Pfleger wollen nicht jeden Behandlungsschritt von einem Arzt absegnen lassen müssen - der Ärztesverband wehrt sich heftig.

VON ANNA WANNER

Wenn ein Pfleger den Körper eines Patienten waschen oder dessen Verband auswechseln will, dann holt er in der Regel dafür die Bewilligung einer Ärztin oder eines Arztes ein. Tut er dies nicht, bezahlt anstatt der Krankenkasse der Patient für die Behandlung. Ohne Unterschrift des Arztes wird die Leistung nicht von der Versicherung vergütet. Der Berner SVP-Nationalrat Rudolf Joder findet, dass dies wenig Sinn mache. «Der Pfleger ist näher am Patienten als der Arzt und kann selbst beurteilen, wann und wie oft eine Behandlung nötig ist.» Das war mit ein Grund, wieso er vor mehr als drei Jahren eine parlamentarische Initiative eingereicht hat, die den Pflegeberuf stärken will. «Die heute obligatorische ärztliche Anordnung auch für Patienten, die über längere Zeit ausschliesslich pflegerische Leistungen benötigen, verursacht unnötige Kosten und administrativen Aufwand», schreibt Joder in seinem Vorstoss. Könnte das Pflegepersonal öfter eigenverantwortlich entscheiden, würde das auch den Beruf attraktiver machen.

## Vorlage vor dem Durchbruch

Vor zwei Jahren stimmten sowohl die Gesundheitskommissionen (SGK) des National- als auch des Ständerats Joders Initiative einstimmig zu. Es ist also unbestritten, dass Handlungsbedarf be-



Das Pflegepersonal soll künftig öfter eigenverantwortlich entscheiden können. KEY

steht. Über die Ausgestaltung der Vorlage wird nun verhandelt: Ein pfannenfertiger Vorschlag liegt vor und ist für die Kommissionssitzung von Mitte Oktober traktandiert. Die Mehrheiten zeichnen sich noch nicht eindeutig ab. Joder sagt, er sei optimistisch. Auch SGK-Kommissionsmitglied Barbara Schmid-Federer unterstützt die Initiative. «Wir bezahlen dafür, dass der Arzt jeden pflegerischen Entscheid unterschreiben muss.» Die Zürcher CVP-Nationalrätin erhofft sich durch eine Gesetzesänderung einen doppelten Effekt. Falle dieser Aufwand weg, entlaste dies die Ärzte und senke die medizinischen Kosten. Genau da liegt aber der Hund begraben: Ein Teil der Ärzteschaft sieht die Änderung nicht bloss als Entlastung, sondern als Eingriff in seine Kompetenzen. Der Ärz-

tesverband FMH verfolgt die Entwicklung kritisch - wohingegen die Hausärzte den Antrag Joder unterstützen.

## Stützstrümpfe und Waschlappen

Yvonne Ribi, Sprecherin des Schweizerischen Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, klärt auf: «Bei der Vorlage geht es nicht um eine Kompetenzerweiterung, sondern um urpflegerische Leistungen wie Stützstrümpfe anziehen oder waschen.» Das sind Leistungen, die Pfleger heute schon eigenverantwortlich ausüben dürfen, für deren Abrechnung sie aber die Unterschrift eines Arztes brauchen. Ribi betont: «Wir wollen damit nicht den Hausarzt ersetzen.» Die Abgabe von Medikamenten ist für Pflegepersonal beispielsweise kein Thema.

## NACHRICHTEN

### SVP

## Zwei Kandidaturen für den Bundesrat

Die SVP wird nach Aussagen ihres Parteipräsidenten Toni Brunner nach den Wahlen 2015 zwei Kandidaturen für die Bundesratswahlen aufstellen. Ein Kandidat wird der amtierende Bundesrat Ueli Maurer sein, wie Brunner in einem Interview mit «Le Temps» sagte. Falls die SVP ihre Wählerstärke halten kann und stärkste Partei bleibt, würde mit der Wahl zweier SVP-Bundesräte aus Brunners Sicht wieder eine «normale Situation» hergestellt. (SDA)

### FIEBERMESSER

## Künftig nur noch ohne Quecksilber

Künftig soll es auch in der Schweiz verboten sein, quecksilberhaltige Thermometer zu verkaufen. Der Bund will die Schweizer Bestimmungen zu Chemikalien an das EU-Recht und internationale Abkommen angleichen. Das Umweltdepartement hat am Mittwoch die Anhörung zu einer Änderung der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung eröffnet. (SDA)

### ZÜRCHER POLIZEIGESETZ

## Artikel muss gestrichen werden

Das Bundesgericht hat entschieden, dass ein Artikel des Zürcher Polizeigesetzes gestrichen wird. Dieser regelt die Informationsbeschaffung im Internet. Die Polizei sollte gemäss dem nun gestrichenen Paragraphen ohne richterliche Bewilligung in virtuelle Plattformen mit Zugangsbeschränkungen eindringen können; zum Beispiel in Pädophilen-Chats oder in die Kommunikation zwischen Hooligans. Das widerspricht der Verfassung, haben die Richter entschieden. (SDA)